

Antrag

**der Abgeordneten Ralf Niedmers, Michael Westenberger, David Erkalp,
Carsten Ovens, Thilo Kleibauer (CDU) und Fraktion**

Haushaltsplan-Entwurf 2019/2020

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Aufgabenbereich 270 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

Produktgruppe 270.05 Hafen

**Betr.: Keine weitere Kostenexplosion – Sedimentmanagement im Hamburger
Hafen konzeptionell umgestalten und überwachen**

Der Hafen ist das wirtschaftliche Herz unserer Stadt und der gesamten Metropolregion Hamburg. Er bedeutet für unsere Stadt Arbeitsplätze, Wirtschaftskraft und Unternehmertum. Ohne den Hamburger Hafen wäre unsere Stadt nicht die wichtigste Handelsstadt Deutschlands, nicht die größte Metropole Nordeuropas und schon gar nicht das Tor zur Welt. In der krisenhaften und von Umbrüchen geprägten Zeit, in der sich der Hamburger Hafen nicht zuletzt aufgrund sinkender Umschlagszahlen befindet, bedarf es umso mehr einer stabilen Hafenpolitik, die sich durch Verlässlichkeit und Planungssicherheit für Unternehmen auszeichnet. Doch die Hafenpolitik des rot-grünen Senats sieht dies nicht vor: Insbesondere innerhalb des Sedimentmanagements im Hamburger Hafen und der damit verbundenen Verklappungspraxis wurden in den vergangenen Jahren massive Fehler von Seiten des rot-grünen Senats unter Olaf Scholz gemacht. Die Fehler im Sedimentmanagement im Hamburger Hafen, welche unter dem jetzigen Ersten Bürgermeister Peter Tschentscher weiter fortgesetzt werden, haben den Steuerzahler allein im vergangenen Jahr rund 100 Millionen Euro gekostet. Die Problematik um die Verschlickung des Hamburger Hafens hatte sogar zeitweise schon so dramatische Ausmaße angenommen, dass die Funktionsfähigkeit einiger Terminals eingeschränkt war. Insbesondere die sogenannte Kreislaufbaggerei, die auch regelhaft in überregionalen Medien thematisiert wird, führte im vergangenen Jahr dazu, dass der Hamburger Hafen immer mehr im Schlick versank. Die Verantwortung für das derzeit betriebene Sedimentmanagement im Hamburger Hafen liegt allein beim rot-grünen Senat. Das Verschlickungsproblem ist nicht neu, dennoch scheint der rot-grüne Senat noch immer nicht in der Lage zu sein, eine langfristige Lösung zu präsentieren. Im Zeitraum zwischen Januar bis Mitte Juli dieses Jahres wurden lediglich etwa 373.000 Kubikmeter Baggergut in die Nordsee bei Tonne E3 verbracht.

Der Senat darf sich einer wirksamen Lösung nicht weiter verweigern: Die Dimension, die das Schlick-Problem für den Hamburger Hafen als Wirtschaftsstandort angenommen hat, haben sowohl der Senat als auch die Hamburg Port Authority (HPA) unterschätzt. Es müsste daher im Interesse der Freien und Hansestadt Hamburg als Hafenstandort von bundesweiter Bedeutung sein, endlich ein unabhängiges, eigenständiges und nachhaltiges Konzept zur Entsorgung des anfallenden Hafenschlicks zu verfolgen. Es bedarf einer umgehenden Lösung, dieses strukturellen Problems durch

eine Neuausrichtung des Sedimentmanagements im Hamburger Hafen und einer besseren Kontrolle der Wirksamkeit aller vorgenommenen Maßnahmen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. in der Produktgruppe 270.05 Hafen werden die drei neuen Kennzahlen „Anzahl gebaggerter Schlick im Hamburger Hafen“, „Anzahl verbrachter Schlick bei der Tonne E3“ sowie „Anzahl an Land deponierter Schlick“ eingefügt. Diese Kennzahlen sind in Tonnen anzugeben.
2. unter Einbeziehung der am Dialog Strombau- und Sedimentmanagement Tideelbe teilgenommenen Institutionen weitere Planungen über ein eigenes Handlungskonzept zur Umlagerung von Baggergut für den Hamburger Hafen zu initiieren, welches eine Einbringungsvariante in die Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) – das Gebiet jenseits des Küstenmeers außerhalb der Zwölf-Meilen-Zone – verfolgt.
3. bis zum Stichtag des 30. Juni 2019 ein mit den Nachbarländern und der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) abgestimmtes und gemeinsam getragenes Gesamtkonzept für die Wassertiefenunterhaltung der Tideelbe vorzulegen.
4. weitere Untersuchungen zu veranlassen, die die ökologischen Auswirkungen in der AWZ aufgrund von Grundlagen- und Monitoringinformationen bewerten.
5. in Bezug auf die technische Realisierbarkeit der Verbringung von Baggergut in der AWZ den Einsatz von verklappungsfähigen Massengutschiffen zu prüfen, um die Transportkosten dieser Verbringungsvariante zu senken.
6. der Bürgerschaft bis zum 30. Juni 2019 zu berichten.